

JOACHIM H. SPANGENBERG

Soziale Nachhaltigkeit. Eine integrierte Perspektive für Deutschland

Einleitung: Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit ist das vielleicht anspruchsvollste Politikkonzept, das je als Leitlinie für staatliches Handeln formuliert wurde. Nachhaltig ist nach der Definition der Brundtland-Kommission eine Form der Entwicklung, die Lebensqualität in dieser Generation sichert und zukünftigen Generationen die Wahlmöglichkeit erhält, wie sie ihr Leben gestalten wollen (WCED 1987). Obwohl Nachhaltigkeit definitionsgemäß alle Aspekte menschlichen Zusammenlebens umfaßt, wurden die Ergebnisse der UNCED-Konferenz von Rio 1992 im Norden im wesentlichen als umweltpolitisches Programm wahrgenommen, während sie für den Süden der Wiedereinstieg in die Entwicklungs- und Verteilungsdebatte nach einem »verlorenen Jahrzehnt« waren. Um so begrüßenswerter wäre es, wenn jetzt auch in Deutschland die soziale Nachhaltigkeit stärker zum Thema öffentlicher Debatten würde. Nach deutschem Verständnis umfaßt Nachhaltigkeit oder Zukunftsfähigkeit zunächst drei Säulen, die ökonomische, die soziale und die ökologische. Diese werden ergänzt durch eine vierte Dimension der Nachhaltigkeit, die der Institutionen, die im engeren Sinne die Organisationsformen nachhaltigkeitsorientierter Politik beinhaltet, im weiteren Sinne Fragen von Partizipation und Demokratie. Nachhaltigkeit bedeutet dann die intelligente Verknüpfung dieser Aspekte.

Soziale Nachhaltigkeit ist ein normatives Konzept, das zwar der Anbindung an die Empirie bedarf, aber nicht aus dieser abgeleitet werden kann. Wertvorstellungen, Perzeptionsmuster und Präferenzbildungen gehen der wissenschaftlichen Analyse voraus, sind aber von dieser zu berücksichtigen. Optionalität und Wahlfreiheit über Generationen hinweg sind konstitutiver, aber in ihrer Ausformung und Füllung wandelbarer Bestandteil der Nachhaltigkeit und müssen auch langfristig gesichert werden. Entlang jeder der vier Koordinaten-Achsen politischen Handelns fordert das Konzept Nachhaltigkeit eine Erweiterung des Blickfeldes, die Ausweitung der politischen Verantwortung auch auf räumlich wie zeitlich noch fern liegende Personen und Ereignisse. Zeitlich postuliert Nachhaltigkeit die intergenerationelle Verantwortung, die Pflicht für die jetzt Verantwortung tragenden, folgenden Generationen eine Welt zu hinterlassen, in der diese die Freiheit haben, einen ihnen angemessenen Lebensstil zu wählen. Räumlich weist Nachhaltigkeit darauf hin, daß in einer globalisierten Welt gerade die reichen Nationen Europas nicht nur eine europäische, sondern auch eine weltweite Verantwortung

Joachim H. Spangenberg – Jg. 1955; Biologe, Ökologe, war nach dem Studium Mitarbeiter des SPD-Parteivorstands, dann Abgeordnetermitarbeiter und Fraktionsreferent im Deutschen Bundestag; 1992-1999 Mitarbeiter des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, zuletzt als Leiter des Projektbereiches Sustainable Societies in der Abteilung Stoffströme und Strukturwandel; seit 1999 Vorsitzender des Sustainable Europe Research Institute, SERI, Köln/Wien. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Nachhaltiges Wirtschaften und Wachstum, Heft 136 (Februar 2002).

Ein zentrales Element der Nachhaltigkeitsformel ist die intergenerationelle Verteilungsgerechtigkeit (zwischen den Generationen). Damit ist das Ziel angesprochen,

künftigen Generationen keine »Hypothesen« zu hinterlassen, also keine ökonomischen, ökologischen oder sozialen Belastungen zu akkumulieren, die nachfolgenden Generationen Restriktionen der Entscheidungsfreiheit über den Lebens- und Wirtschaftsstil der Zukunft auferlegen. Die Sicherung eines menschenwürdigen Lebens ist ein notwendiges Element sozialer Zukunftsfähigkeit (intragenerationale Verteilungsgerechtigkeit zwischen arm und reich, zwischen Nord und Süd). Dabei benennt die Brundtland-Kommission nicht nur konkrete soziale Problemfelder wie Langzeitarbeitslosigkeit und Massenarmut, sondern fordert auch allgemein einen langfristig wirksamen Schutz der sozialen Kohärenz einer Gesellschaft. Der Gedanke ist nicht neu: schon im 19. Jahrhundert hatte Mill mit seiner Annahme von Grenzen des Wohlstandszuwachses die Vorstellung verbesserter sozialer Gerechtigkeit verbunden (nach Daly 1996; Collados, Duane 1999). Aus dem intragenerationalen Gerechtigkeitsziel leitet sich die Forderung nicht nur nach sozialer, sondern auch nach ökologischer und ökonomischer Gerechtigkeit hier und heute ab.

Torres (2001) nennt als die vier den Zielen korrespondierenden Handlungsbereiche sozialer Nachhaltigkeit:

- Bildung, Erziehung
- Ziel: Chancengleichheit
- Einkommensverteilung
- Ziel: Verteilungsgerechtigkeit
- Industrielle Beziehungen
- Ziel: Beteiligung der Arbeitnehmer/innen (Mitbestimmung, andere Beteiligungsformen)
- Arbeitsrecht

tragen, und daß die Nord-Süd-Kooperation eine Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche und Ministerien sein muß.

Soziale Nachhaltigkeit ist insofern gleichzeitig eigenständiges Ziel und Bedingung für die Formulierung wirtschaftlicher, umweltpolitischer und institutioneller Zielsetzungen. Mit anderen Worten: Nachhaltigkeit erfordert explizite Zieldefinitionen in allen Dimensionen, die jedoch nicht alternativ oder sukzessiv, sondern integriert als Handlungsorientierung dienen.

Soziale Nachhaltigkeit und Globalisierung

In der öffentlichen Debatte ist wiederholt das Risiko betont worden, das die Globalisierung für eine sozial wie ökologisch nachhaltige Entwicklung darstellt (der Antagonismus von Nachhaltigkeit und neo-imperialer Geopolitik findet erst langsam die ihm gebührende Aufmerksamkeit). Um diese Hypothese zu überprüfen, ist es notwendig, die Kernthemen sozialer Nachhaltigkeit zu identifizieren und die jeweiligen Folgen der Globalisierung zu prüfen.

Oberziel der sozialen Nachhaltigkeit ist die Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. In der Konkretisierung ergeben sich daraus Ziele wie persönliche Entfaltung- und Entwicklungsmöglichkeiten, Teilhabe an (Entscheidungs-)Prozessen in allen Bereichen der Gesellschaft, einschließlich der Wirtschaft.

Die ökonomische Globalisierung hat zwei unmittelbare Auswirkungen auf diese Ziele und Handlungsfelder.

Zum einen war der Standortwettbewerb der letzten Jahre teilweise ein Steuersenkungswettbewerb, bei dem Unternehmen und Spitzenverdiener weltweit massiv entlastet wurden, so daß die Einkommenspolarisierung fast überall zugenommen hat (Deutschland hat da kräftig mitgespielt und hat jetzt die niedrigsten realen Steuersätze in Europa).

Zum anderen entwertet der beschleunigte Strukturwandel Wissen und Qualifikationen in immer kürzeren Abständen, macht den Wert der erworbenen Qualifikation und damit die Chance auf einen Arbeitsplatz unsicher und versetzt Arbeitnehmer/innen in einen permanenten Unvollständigkeitszustand: Niemand ist je mit lernen fertig, hat seine Aufgabe erfüllt und kann den Wettlauf beenden. Gering oder nicht aktuell Qualifizierte haben geringe Chancen auf dem Arbeitsmarkt, trotz allen Bemühens. Die Vermutung der Ökonomen, Arbeitslose würden zu Hause bleiben, da bei dem »geringen Anreiz« Arbeit aufzunehmen dies »rational« sei, zeigt nur die Weltfremdheit der meist als Professoren lebenslang gesicherten und gut dotierten Experten. Der Realitätsverlust der ökonomischen Theoretiker zeigt sich deutlich, wenn sie eine Senkung der Sozialtransfers fordern, da dann, sehr »rational«, die Arbeitslosen wieder Arbeit aufnehmen würden, aber nicht sagen, woher die vier Millionen fehlenden Arbeitsplätze kommen sollen. Der Abbau von Arbeitnehmer/innenschutzrechten ist dagegen – anders als die Einkommensspreizung – nicht eine Folge der Globalisierung, sondern ausschließlich eine Folge der neoliberalen Ideologie: empirisch nachweisbare Arbeitsmarkteffekte der politischen Regulation der Arbeitsverhältnisse hat die OECD gesucht, aber nicht finden können.

Die Politik der Bundesregierung

Die normative Vorgabe von ökologischen, sozialen, ökonomischen (und ggf. institutionellen) Zielen macht es notwendig, auftretende Synergien und Konfliktpotentiale zu untersuchen. Sofern die Ziele konkurrieren (z. B. um Ressourcen), liegt die Aufgabe einer Nachhaltigkeitsstrategie darin, eine multidimensionale Optimierung vorzunehmen. Je nach Gewichtung der Einzelfaktoren führt ein derartiger Prozeß zu einem Spektrum von Handlungsoptionen, die alle für sich in Anspruch nehmen können, die Kriterien der Nachhaltigkeit zu erfüllen, allerdings bei unterschiedlicher Akzentuierung der einzelnen Dimensionen und ihrer Elemente. Politik für Nachhaltigkeit ist damit eine äußerst anspruchsvolle Aufgabe. Die Bundesregierung nimmt für sich in Anspruch, sich dieser Aufgabe zu stellen. Für sie, so Gerhard Schröder, ist Nachhaltigkeit ein zentraler Begriff ihres Handelns und beschreibt weit über Umwelt- und Energiepolitik hinaus ihr Reformverständnis insgesamt. Es ist also zu fragen, wie sich die Politik auf die vier genannten Kernbereiche sozialer Nachhaltigkeit auswirkt.

Soziale Nachhaltigkeit heißt nach dem Verständnis der Bundesregierung die Gewährleistung sozialer Sicherheit, die Umsetzung von Chancengleichheit und die Förderung von sozialer Gerechtigkeit durch einen helfenden, fördernden und fordernden Sozialstaat, der europäische Tradition und die Herausforderung der globalen Moderne verbindet. Bildung für alle, gerechte Einkommensverteilung, Stärkung des Arbeitsrechts und gleichgewichtige industrielle Beziehungen sind mit dieser Zielsetzung durchaus vereinbar, aber die Regierungspraxis steht in einem offenen Gegensatz zu ihnen. Der Zugang zu Bildung und damit zu sozialen Aufstiegschancen unabhängig von der sozialen Herkunft ist in Deutschland weniger gewährleistet als in fast allen anderen Industriestaaten, wie die PISA-Studie eindrucksvoll demonstriert hat.

Der Förderung von sozialer Gerechtigkeit steht diametral entgegen, daß durch Steuersenkungen, die Firmen und Großverdiener überproportional entlastet haben, Defizite entstanden sind, die jetzt durch Einsparungen bei den Ärmsten kompensiert werden (Arbeitslosenhilfe, Weiterbildung, Rente). Die geplanten Teilprivatisierungen der Rentenversicherung vergrößern die Unsicherheit: Renten werden zur abhängigen Größe von Wirtschaftsentwicklung und Zahlungsbereitschaft der Beschäftigten. Die Maßnahmen zur Sanierung der Krankenversicherung, die kaum unter einem Ausgabeproblem – die Kosten sind als Anteil am BIP seit Jahrzehnten unverändert –, wohl aber unter einem Einnahmeproblem leidet (zu viele potentielle Zahler, wie Beamte, Selbständige und Besserverdienende werden nicht erfaßt), sind mit kostensenkenden Maßnahmen wie der Überwälzung des Krankengeldes auf die Arbeitnehmer/innen nicht in den Griff zu bekommen; hier wird an der falschen Seite angesetzt und der Abbau der Leistungen noch mit einer Verlagerung der Lasten auf die Arbeitnehmer/innen verknüpft.

Im Arbeitsrecht sticht die von Wirtschaftsminister Clement geforderte und vom Kanzler zum unverzichtbaren Bestandteil seiner *Agenda 2010* erklärte Aushebelung des Kündigungsschutzes besonders hervor: Obwohl es keinen belegbaren Zusammenhang zwischen

Ziel: soziale Absicherung (Kündigungsschutz, Abfindungen), betrieblicher Gesundheitsschutz, etc.

Vgl. dazu Wissenschaftlicher Beirat des Arbeitsministeriums 2003, Sinn/ifo-Institut 2003, Zimmermann/DIW 2003.

Die Erfüllung wirtschaftskonservativer Wünsche durch die Regierung – als nachvollziehende Instanz neoliberaler Ziele, die angeblich ökonomische Sachzwänge seien – erfolgt in einem Maße, das sich keine konservative Partei hätte leisten können.

Kündigungsschutz und Beschäftigung gibt, wird dieses Schutzrecht abgebaut, um so von seiten der Wirtschaftspresse »Wirtschaftskompetenz« bescheinigt zu bekommen. Wie die sonstigen Arbeitsmarktregulierungen einschließlich der Flächentarifverträge fördert der Kündigungsschutz den für die Wirtschaft so wichtigen sozialen Frieden, fördert so die hohe Produktivität, die den Standort Deutschland international so wettbewerbsfähig gemacht hat. Eine wissenschaftlich ab- und ideologisch angereicherte Fassung der ohnehin wirtschaftsnahen neo-liberalen Ideologie ist Grundlage des sozialdemokratischen Regierungshandelns geworden. Arbeitsrecht und Mitbestimmung werden dieser Chimäre zum Opfer gebracht.

In der internationalen Kooperation gibt es neben viel Schatten auch Licht: Global setzt Deutschland schon lange auf die Priorität der Grundbedürfnisbefriedigung in der Entwicklungszusammenarbeit, und diese Bundesregierung hat mit der Verankerung von Entwicklungsfragen als Querschnittsaufgaben Ansätze dafür geschaffen, daß auch alle anderen Politiken diese Orientierung stärken. Das auf Bitten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen aufgelegte internationale Programm zur Bekämpfung von AIDS oder die von Gerhard Schröder in Johannesburg verkündete globale Initiative zur Förderung regenerativer Energien sind Beiträge der Bundesregierung zur internationalen sozialen Nachhaltigkeit.

Sicher ist zumindest eines: entgegen dem Petition des Bundeskanzlers gibt es Alternativen zur Politik der Bundesregierung, und zwar nicht nur solche, die (wie die FDP und große Teile von SPD und Grünen) dieselben konservativen Politikziele anders durchsetzen wollen, sondern auch Alternativen, die sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeitsinteressen gerecht werden. Insofern stellt das im folgenden erläuterte Szenario den Versuch dar, ein Spektrum an Handlungsoptionen durch qualitativ-deskriptive Alternativvorschläge zu illustrieren. Diese sind dann Grundlage einer politischen Diskussion, die aber bisher in Deutschland keine Breite gewinnen konnte.

Das Projekt »Arbeit und Ökologie«: soziale Ziele und Ergebnisse

Die Hans Böckler Stiftung hat 1996 das Forschungsprojekt *Arbeit und Ökologie* initiiert und bis zum Jahre 2002 begleitet und finanziert, das die Grenzen und Möglichkeiten einer sozial-ökologischen Reformstrategie für Deutschland skizziert hat. Aufgabenstellung des Projekts war die Exploration von nachhaltigen Entwicklungspfaden und die Identifikation zugehöriger Strategien. Dabei wurde – anders als in anderen Zukunftsentwürfen – besonderer Wert auf die Operationalisierung der sozialen Dimension und die Zukunft der Arbeit gelegt; ohne eine Reflexion der Zukunft von Arbeit und Einkommen kann eine solide fundierte Zukunftserwartung schlechterdings nicht formuliert werden (Linne 2001).

Unter den sozialen Kernzielen des Szenarios steht auf der Makroebene Verteilungsgerechtigkeit bezüglich des Zugangs zu den natürlichen, materiellen und sozialen Ressourcen der Gesellschaft im Vordergrund, einschließlich der Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit, sowie auf der Mikroebene die soziale Absicherung. Dazu gehören die Förderung der Vollbeschäftigung, die Sicherung von Erwerbs-

chancen, die Verhinderung von Armut und sozialer Ausgrenzung ebenso wie die Sicherung des Lebensstandards im Alter.

Maßnahmen zur Förderung der Familie und anderer Formen gemeinschaftlichen Lebens werden nicht im Detail dargestellt; es handelt sich vor allem um die rechtliche (auch steuerrechtliche) Gleichstellung verschiedener Arten von Lebensgemeinschaften und um einen Abbau von Steuerprivilegien für kinderlose Ehepaare. Die Integration von Zugewanderten soll durch die Stärkung einer Kultur der Toleranz gefördert werden. Eine krisenfeste soziale Grundsicherung und die Reduzierung der Arbeitslosigkeit schaffen dafür ein verbessertes Klima, die Verdoppelung der Mittel für Bildung und Forschung bietet weitere Integrationsmöglichkeiten. Neben der sozialen Sicherung sind die Eröffnung von sozialen Handlungsräumen und die Durchsetzung von Verteilungs- und Geschlechtergerechtigkeit zentrale soziale Aufgabe im Konzept der nachhaltigen Entwicklung.

Arbeit der Zukunft

Ähnlich wie Geld und Konsum ist Erwerbsarbeit in vielfältiger Weise mit Lebensqualität verknüpft: sei es durch die Freude an einer als sinnvoll empfundenen Tätigkeit (im Gegensatz zur herrschenden ökonomischen Auffassung produziert Arbeit Lust genauso wie Frust), sei es durch Ansehen, soziale Kontakte, Zusammenhalt und Kommunikation am Arbeitsplatz, sei es durch die als Entlohnung erhaltenen Konsummöglichkeiten.

Die Arbeitswelt wandelt sich: Flexibilisierung der Arbeitszeiten und -orte, die Übernahme von Verantwortung in selbstorganisierter Gruppenarbeit und flache Hierarchien nehmen zu, aber auch zeitweilige Arbeitslosigkeit, gering bezahlte und befristete Beschäftigungsverhältnisse. Erwerbsunterbrechungen für Sozial-, Erziehungs- und Fortbildungszeiten sowie zunehmende Versorgungsarbeiten Erwerbstätiger (Singles) und zunehmende Erwerbstätigkeiten der traditionell die Versorgungsarbeit leistenden Frauen etablieren Mischformen von Arbeit, die die Erwerbsarbeit in neigungs-, situations- und lebensphasenspezifischer Weise ergänzen (Hildebrandt 2002). So entsteht ein Wohlfahrtspluralismus in Erstellung und Konsum von Dienstleistungen, in dem individuelles Wohlergehen wie die Funktionsfähigkeit des Gemeinwesens nicht nur von der Erwerbsarbeit des formellen Sektors, sondern auch von den Nichterwerbsarbeiten des informellen Sektors abhängen. Sowohl die Verfügbarkeit von Gütern und Dienstleistungen (einschließlich öffentlicher Güter) als auch die Möglichkeit der Auswahl zwischen unterschiedlichen Arbeitsformen und die zunehmende Freizeit tragen zur Steigerung der Lebensqualität bei. Verschiedene Zeitmuster, Arbeitsbelastungen, Kommunikationsformen und soziale Kontakte, Formen der Identitätsstiftung und Reputation sowie der Erwerb von Einkommensäquivalenten können so gewählt werden, daß sie die Lebensqualität steigern. Voraussetzung ist jedoch ein hinreichendes Maß an Wahlfreiheit und Verlässlichkeit: ohne das bedeutet Flexibilisierung nicht mehr Autonomie und wird positiv empfunden, sondern mehr Verfügungsgewalt Dritter und wird negativ (Hildebrandt, Linne 2000).

Im Gegensatz zu dem überholten, aber in unseren Institutionen fest verankerten und daher immer noch virulenten Leitbild der Vollbeschäftigung auf der Basis von Normalarbeit und Normalfamilie verfolgt das Szenario das Ziel, die positiven Elemente von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit jeweils in den anderen Bereich zu übertragen, soweit dies trotz ihrer Verschiedenheit möglich ist: Werte wie Vorsorge, Verantwortung etc. sollen schrittweise in die Wirtschaft eindringen, während der informelle Bereich – z. B. durch die Einbeziehung in die sozialen Sicherheitssysteme – aufgewertet werden soll. Dies ist als die Formalisierung des informellen und die Informalisierung des formellen Sektors bezeichnet worden (Spangenberg 1995, Zier 1998, Brandt et al. 2003).

Vgl. Kirchenamt 1997, Ziffer 168.

Vollbeschäftigung, das heißt »Zugang und Beteiligung an der Erwerbsarbeit«, so das Kirchenwort, für alle Menschen, »die dies brauchen und wünschen«, ist unter diesen Umständen die Möglichkeit zu existenzsichernder Erwerbsarbeit für alle, die Erwerbsarbeit leisten wollen, von der Art, in dem Umfang, an dem Ort und zu der Zeit, wie die Arbeit gesucht wird und sich in Einschätzung der/des Erwerbsarbeiters am besten mit anderen Arbeiten und sonstigen Tätigkeiten verbinden läßt. Im Szenario wird dieses Ziel weitgehend erreicht durch eine Kombination aus Arbeitszeitverkürzung (auf durchschnittlich 27 Stunden pro Woche 2020) und ein Wirtschaftswachstum, das sich nicht zuletzt aus der steigenden Binnennachfrage speist. Schon aus diesem Grund ist eine Arbeitszeitverkürzung *ohne Lohnausgleich* nicht sinnvoll: Im Szenario steigt das Einkommen mit der Arbeitsproduktivität und wird halb in Geld, halb in Arbeitszeitverkürzung ausgezahlt. Das entspricht bei einer Wachstumsrate von 1,9 Prozent pro Jahr (inflationbereinigt) und einem Anstieg der Stundenproduktivität von 2,2 Prozent einer Reduktion der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit von 0,9 Prozent, entsprechend dem Trend der 1970er und 1980er Jahre: Wir sind auf dem Weg in eine Gesellschaft der Güter- und Zeitreichen. Als Resultat steigt die Zahl der Erwerbstätigen um 0,6 Prozent pro Jahr und die Arbeitslosigkeit fällt bis 2020 unter 3 Prozent.

So umstritten sie heute ist: ohne Arbeitszeitverkürzung in dramatischem Ausmaß hätte es niemals Vollbeschäftigung gegeben – nicht bei Lebensarbeitszeiten von 12 bis 70 Jahren und einer 85stündigen Arbeitswoche. Bei steigender Arbeitsproduktivität war die politische Verknappung der Ressource Arbeit schon immer die notwendige Antwort, und sie ist es heute noch.

Qualifikationen und Arbeitsqualität

Der Übergang zu einer gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Strategie nachhaltiger Entwicklung und die damit verbundenen Modernisierungsprozesse erfordern technische Innovationen in erheblichem Umfang (integrierte Umwelttechnik, Kreislaufführung, Nachrüstung langlebiger Konsum- und Investitionsgüter u. a.). Dies wirkt tendenziell qualifikationsvermehrend, das heißt, es führt zu einem steigenden Bedarf an qualifizierten und hochqualifizierten Arbeitskräften, während die Nachfrage nach gering qualifizierten Arbeitskräften eher sinkt. Die Wirkung einer Innovationsstrategie auf die Beschäftigung von Facharbeitern und insbesondere Akademikern dürfte positiv sein, aber durch die Ausrichtung auf eine nachhaltige Entwicklung ist eine weitere Verschärfung der Lage der heute schon durch Langfristarbeitslosigkeit am stärksten belasteten Bevölkerungsgruppen zu befürchten (Pfeiffer, Rennings 1998). Neben der unstrittig notwendigen Weiterbildung müssen deshalb vorrangig alternative Arbeitsmöglichkeiten für gering Qualifizierte

geschaffen werden. Dies wird im Szenario u. a. durch einen Ausbau der sozialen Sicherung ermöglicht, der Arbeiten im Niedrigproduktivitätsbereich rentabel macht und so bisher nicht verfügbare Arbeitsmöglichkeiten erschließt.

Für eine nachhaltige Arbeitsgesellschaft ist die Neugestaltung der Arbeitswelt zur Förderung von selbstbewußten und selbständigen Persönlichkeiten von entscheidender Bedeutung. Dazu zählen mehr Selbst- und Mitbestimmung am Arbeitsplatz, im Betrieb und im Konzern, und eine höhere Entscheidungsautonomie, auch über den Ort, die Zeit und die Art der Arbeit. Mehr Selbstorganisation und die Übertragung von Verantwortung statt Kontrolle stärken die Identifikation mit dem Betrieb, erhöhen die betriebliche Zufriedenheit und damit die Arbeitsproduktivität. Die Integration der herkömmlichen Mitbestimmungsrechte in erweiterte Partizipationsstrategien trägt zur Innovationsförderung bei, neue Mitbestimmungsformen über Branchengrenzen hinweg (z. B. für Tele-Arbeitszentren mit Mitarbeiterinnen verschiedener Firmen) erschließen Wissenspotentiale, die in einer Firma allein nicht verfügbar sind. Leider sind derartige Managementstrategien in Deutschland allen verbalen Bekundungen zum Trotz eher die Ausnahme als die Regel; auf Arbeitgeberseite herrscht meist noch eine Kontroll- und Machtorientierung vor, selbst wenn dies zu Lasten der Erträge geht.

Handlungsziele sind zum einen die Aufwertung versorgender und gemeinschaftlicher Elemente in der Erwerbsarbeit in Hinsicht auf ihre Reputation und Entlohnung. Das Durchschnittseinkommen von Berufen im Pflege- und Versorgungsbereich, also traditionellen Frauenberufen, liegt noch immer rund 30 Prozent unter dem Durchschnittseinkommen aller Branchen. Eine Veränderung ist – anders als im Szenario angestrebt – in der Alltagspraxis kaum absehbar. Nicht zuletzt die öffentliche Armut als Resultat der Steuerenkungen der letzten Jahre setzt hier Korrekturen enge Grenzen, solange die Einnahmesituation der öffentlichen Hände nicht wieder verbessert wird. Das zweite Ziel, der Ausbau von Mit- und Selbstbestimmung einschließlich der Erhöhung der Arbeits- und Lebensqualität durch mehr Zeitautonomie, muß ebenfalls von Politik und Gewerkschaften gegen erhebliche, oft irrationale Widerstände auf Arbeitgeberseite durchgesetzt werden. Dagegen greifen die Begrenzung der Belastung durch Erwerbsarbeit zum Schutz der Gesundheit durch arbeitsrechtliche und tarifliche Regelungen ebenso wie die Forderung nach Möglichkeit zum Belastungsausgleich in Mischarbeit (bessere Vereinbarkeit von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeiten) gegenwärtige Trends auf, die im Szenario noch verstärkt werden.

Förderung der Nichterwerbsarbeit

Die öffentliche Anerkennung von Versorgungs- und Gemeinwesenarbeit würde davon profitieren, wenn ihre erwerbswirtschaftlichen Äquivalente aufgewertet würden. Die Möglichkeit, lebensphasenspezifisch stärker derartige Nichterwerbsarbeiten zu leisten und vorübergehend die Erwerbstätigkeit zu reduzieren, um sich z. B. der Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen zu widmen, wird verbessert, wenn der Wechsel zwischen verschiedenen Arbeitsfor-

Die Tatsache, daß deutsche Konzerne bereits solche Freistellungen vornehmen, und daß Umwelt- und Sozialverbände versuchen, die Qualifikation ihrer ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen gezielt zu verbessern und dies zu zertifizieren, sind positive Ansätze in diese Richtung.

men erleichtert wird. Beurlaubungsmöglichkeiten und Rückkehrgarantien in Erwerbsarbeit und gemeinwesenbezogene Arbeit oder die Ausweitung von Freistellungen für gesellschaftlich als notwendig anerkannte Nichterwerbsarbeiten sind Möglichkeiten, die Durchlässigkeit zwischen den Arbeitssphären zu erhöhen. Das gilt besonders für die Anerkennung von Qualifikationen aus erfolgreicher Versorgungsarbeit als fördernd oder notwendig für berufliche Karrieren (ebenso wie Qualifikationen aus der Erwerbsarbeit selbstverständlich in der Gemeinwesen- oder Versorgungsarbeit genutzt werden). Es gilt aber auch für Auslandserfahrung durch Tätigkeiten in der Entwicklungshilfe oder die Sozialkompetenz, die durch die Mitarbeit in Nichtregierungsorganisationen erworben werden kann. Formelle Qualifikationsnachweise für Arbeiten im informellen Sektor würden die Anerkennung solche »Mischqualifikationen« erleichtern.

Eine zweite Möglichkeit, den Beitrag von Nichterwerbsarbeit zu einem hohen Gesamt-Lebensstandard aus Erwerbs- und Nichterwerbseinkommen zu fördern, ist die soziale Absicherung der Mischarbeit. Bereits in der Vergangenheit wurden gesellschaftlich erwünschte Nichterwerbsphasen wie Ausbildung, Wehrdienst oder Kindererziehung in der Rentenversicherung berücksichtigt – bei zunehmend diskontinuierlichen Erwerbsbiographien mit zwischengeschalteten Lern- und Nichterwerbsarbeitsphasen droht die ohnehin geschwächte Alterssicherung ihre Funktion vollends zu verlieren, wenn nicht diese veränderten Umstände in einer wirklichen Reform aufgegriffen werden. Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsstandards sind für die Nichterwerbsarbeit einschließlich der Eigenarbeit ebenso notwendig wie im Berufsleben; ähnliches gilt für die gesetzliche Unfallversicherung.

Mit relativ geringen Mitteln könnte so freiwillige und sozial abgesicherte Nichterwerbsarbeit erheblich unterstützt werden, ohne einen Billigarbeitssektor zu schaffen: Die vorgeschlagenen Maßnahmen zielen nicht auf die Etablierung einer »Ersatzerwerbsarbeit«, sondern auf die alltägliche Vereinbarkeit verschiedener Arbeitsformen sowie auf die bessere Durchlässigkeit der Systeme (Bleses, Rose 1998, Bleses, Vobruba 2000). Als Folge erwarten wir im Szenario ein steigendes soziales und ehrenamtliches Engagement der Bevölkerung (bereits heute sind über die Hälfte aller Mitbürger/innen ehrenamtlich engagiert, mit wachsender Tendenz), in Kombination mit Erwerbsarbeit unterschiedlichen Ausmaßes. Das würde einer erheblichen Anzahl von Menschen die neue Perspektive bieten, einer in der jeweiligen Lebenssituation optimalen Kombination von Arbeiten nachzugehen (Spitzley 1998). Zudem eröffnet die Tatsache, daß man sich Nichterwerbsarbeit »leisten kann«, neue Chancen zur Erhöhung der Lebensqualität: Denjenigen, die sich daran beteiligen, würde ohne dieses Engagement in ihrem Leben etwas Wichtiges fehlen und mehr noch den anderen, die von dieser Arbeit profitieren. Ohne diese Tätigkeiten wären viele gesellschaftlich wichtige Organisationen handlungsunfähig, könnte eine Zivilgesellschaft nicht existieren (Barloschky, Spitzley 1998). Voraussetzung ist jedoch die soziale Absicherung auch der Nichterwerbsarbeiten.

Armutsbekämpfung und ein verlässliches soziales Sicherungssystem

Soziale Absicherung zur Sicherung der gesellschaftlichen Kohäsion bedeutet im Szenario eine gesicherte (das heißt ausreichende und verlässliche) Existenzgrundlage für alle Teile der Bevölkerung. Für Kinder und Jugendliche ist dies der Ausgangspunkt der Generationensolidarität, für Frauen ist die persönliche soziale Absicherung als materielle Möglichkeit der von Dritten »Ernähren« unabhängigen Existenz im Bedarfsfall Teil des Abbaus von Geschlechterungerechtigkeiten. Für alle, die Versorgungsarbeit für andere Menschen leisten, bietet eine solche erwerbunabhängige Grundsicherung eine (bescheidene) Lebensgrundlage; sie stellt zudem sicher, auch nach Ausscheiden aus dem Erwerbsleben trotz zunehmender »Patchwork-Biographien« nicht in Armut zu fallen.

Dies erfolgt durch den Erhalt und die Stärkung der Solidarsysteme u. a. durch die Einbeziehung aller Erwerbsarbeitenden und anderer Einkommensarten, sowie durch ihre Ergänzung um eine steuerfinanzierte allgemeine Grundsicherung. Diese garantiert ein erwerbsunabhängiges Mindesteinkommen (700 €) oberhalb der Armutsschwelle, faßt andere Transferleistungen zusammen und ersetzt sie, soweit sie gegenwärtig die Höhe des Mindesteinkommens nicht übersteigen (Ziegler 2002). Im Gegensatz zu gegenwärtig diskutierten Modellen einer negativen Einkommenssteuer führt die hier vorgeschlagene Grundsicherung also nicht zu einer Absenkung der Mindestsicherung durch Arbeitslosen- und Sozialhilfe, sondern zu deren Anhebung über die Armutsschwelle. Mit Einführung dieser Grundsicherung gäbe es in Deutschland keine Einkommensarmut mehr – ein sozialer Skandal in einem reichen Land wäre beendet. Über den Grundbetrag hinausgehende Ansprüche zum Beispiel zur Sicherung des Lebensstandards im Alter und bei Arbeitslosigkeit bleiben erhalten: die Grundsicherung soll die »Einkommenstäler« auffüllen, nicht die Spitzen eibebnen.

Durch die Absicherungsfunktion der Grundsicherung würden in Sektoren, die bisher durch irreguläre und prekäre Arbeitsverhältnisse geprägt sind, reguläre Teilzeit-Arbeitsverhältnisse für gering qualifizierte oder für niedrig produktive Tätigkeiten als Lebensgrundlage denkbar, die bisher ein menschenwürdiges Leben nicht getragen hätten. Die unter Wirtschaftstheoretikern und neoliberalen Politikern verbreitete Hoffnung auf massive Arbeitsplatzgewinne in diesen Bereichen ist zwar weitgehend illusorisch, wie die begrenzten Erfolge der Modellversuche (Kombilohn in Hessen, »Mainzer Modell« in Rheinland-Pfalz) gezeigt haben, jedoch eröffnet die Grundsicherung einerseits auch für Beschäftigte außerhalb der Hochlohnsektoren die Möglichkeit zur freiwilligen Verkürzung der individuellen Arbeitszeit (zugunsten eines verstärkten Engagements in Nichterwerbsarbeiten) durch einen Puffer nach unten; andererseits erschließt sie Möglichkeiten der Teilzeitarbeit mit geringem Stundenvolumen als Zuverdienst oder als schrittweisen Neueinstieg ins Berufsleben. Insofern wäre sie ein Schritt, um heute Langzeitarbeitslose schrittweise wieder an das Berufsleben heranzuführen.

Zu beachten ist allerdings das Risiko von Mitnahmeeffekten; wenn die Grundsicherung realisiert wird, besteht für die Arbeitge-

berseite ein Anreiz, reguläre Arbeitsverhältnisse in mehrere Teilzeitjobs zu splitten und so einen Teil der Lohnkosten auf die Steuerzahler zu verlagern, wie dies auch bei den Minijobs im Rahmen der Hartz-Vorschläge zu befürchten ist und bei der vom Land Hessen vorgeschlagenen Form einer negativen Einkommenssteuer explizit als Nebenfolge in Kauf genommen wird (Sinn 2003). Auch könnte ein degressiver staatlicher Lohnzuschuß in Tarifverhandlungen zur Lohndrückerei genutzt werden, beides mit der Folge erheblicher Einnahmeausfälle in der Sozialversicherung. Da das Problem der Mißbrauchskontrolle weitgehend ungelöst ist, geht das Szenario zwar von der Einführung einer Grundsicherung aus, formuliert aber keine konkreten Erwartungen bezüglich der Arbeitsmarkteffekte. Ohnehin wird mit unter drei Prozent Arbeitslosigkeit (plus der Effekte weiterer, im Modell nicht darstellbarer arbeitsmarktwirksamer Maßnahmen) im Szenario ein Beschäftigungsniveau erreicht, das seinerseits die beste Sicherung gegen den Mißbrauch des Grundeinkommens darstellt und ihre Wirkung auf die Geringqualifizierten fokussiert, die in der Hochqualifikationsgesellschaft den Anschluß zu verlieren drohen.

Während die Arbeitsplatzeffekte einer sozial-ökologischen Politik im Produktionssektor und bei der öffentlichen Hand im Rahmen des Modells abgeschätzt werden konnten, ist dies für Tätigkeiten außerhalb der Erwerbswirtschaft nicht möglich. Trotzdem ist davon auszugehen, daß Arbeiten in der Nichterwerbsökonomie von der Grundsicherung oberhalb der gegenwärtigen Armutsschwelle auch insofern profitieren, als sie eine Existenzgrundlage für nicht entlohnte Arbeiten in Gemeinwesen- und Versorgungsarbeit bietet.

Ergebnisse einer sozialen Nachhaltigkeitspolitik

Das Fazit der Modellrechnungen ist zusammengefaßt, daß der Produktivitätsfortschritt zusammen mit einem Abbau der Unterbeschäftigung erhebliche Fortschritte zur sozialen Nachhaltigkeit erlaubt, wenn die Politik es zuläßt, will und fördert.

Ein erheblicher Anstieg der Realeinkommen ist nach den Ergebnissen der Szenario-Rechnungen möglich; das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt ist im Jahr 2020 im Szenario um zwei Drittel höher als Mitte der neunziger Jahre. Das entspricht einer langfristigen Wachstumsrate von 1,9 Prozent.

Die Regelarbeitszeit sinkt um 0,9 Prozent p. a. auf durchschnittlich 27 Wochenstunden in 2020, der zusätzliche Beitrag der Teilzeitförderung wurde auf 0,2 Prozent geschätzt, aber nicht simuliert. Gleichzeitig steigt das disponible Einkommen bis 2020 um rund ein Drittel.

Die Arbeitslosigkeit sinkt unter diesen Umständen auf 3 Prozent (1,25 Millionen), dabei sind nachhaltigkeitsorientierte Branchenprogramme z. B. im Bau-, Agrar- und Verkehrssektor, die zum Teil erhebliche Beschäftigungswirkungen aufweisen, ebensowenig quantifiziert wie die Folgen vermehrter Teilzeitarbeit und die Möglichkeiten, die sich durch das Bürgergeld insbesondere für sozial abgesicherte Nicht-Erwerbsarbeit ergeben.

Der starke Fall der Lohnquote endet; sie steigt im Szenario erstmals seit Jahren wieder, wenn auch nur minimal.

Ökologisch und wirtschaftlich ist eine solche Entwicklung ebenfalls vielversprechend; einen Gesamtüberblick bietet der Endbericht des Projekts (Hans-Böckler-Stiftung 2000), Details zum hier beschriebenen sozial-ökologischen Szenario der Band *Vision 2020* (Spangenberg 2003 a).

Vergewisserung

Über die Definition sozialer Nachhaltigkeit besteht in der Wissenschaft noch kein Konsens; es ist damit folgerichtig, daß eine Reihe unterschiedlicher Operationalisierungsvorschläge vorliegt. Dabei zeichnen sich gerade die vorgeschlagenen Kriterien sozialer Nachhaltigkeit durch eine Vielfalt der Schwerpunktsetzungen aus. So fokussiert z. B. die Enquetekommission auf Arbeit und soziale Sicherungssysteme (Deutscher Bundestag 1997), während das Verbundprojekt der Helmholtz-Gesellschaft einen breiten Ansatz wählt (Kopfmüller et al. 2001). Einen begrenzten Satz von Leitindikatoren formulieren lediglich Empacher und Wehling (1999). Dieser wird – ergänzt um zentrale Indikatoren aus Kopfmüller et al. (2000) im folgenden herangezogen, um die Projektergebnisse einer Überprüfung nach externen Kriterien zu unterziehen und so ihre Relevanz über den unmittelbaren Projektzusammenhang hinaus zu verdeutlichen.

Dabei ergibt sich insbesondere das Problem, daß Empacher und Wehling (1999) zu Recht Kriterien sowohl auf der subjektiven wie auf der objektiven Ebene formulieren; die erstere erschließt sich jedoch in den quantitativen Modellsimulationen nicht und in den qualitativen Szenarien nur zum Teil. Deshalb werden in der folgenden Tabelle zunächst die objektiven Kriterien und Indikatoren den Ergebnissen des Integrationsszenarios (Hinterberger, Omann 2000) gegenübergestellt; die subjektiven Indikatoren sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt. Für sie kann nur eine interpretative Ableitung aus dem Szenario erfolgen; sie bleiben damit weitgehend qualitative Zielsetzungen und Möglichkeiten der Erfolgskontrolle im Falle einer konkreten Umsetzung von im Projekt identifizierten Nachhaltigkeitsstrategien.

Es zeigt sich, daß im Szenario zahlreiche Maßnahmen vorgesehen sind, um die objektiven Bedingungen subjektiver Zufriedenheit zu schaffen – das allerdings ist noch keine Garantie, daß diese Bemühungen wirklich von Erfolg gekrönt sind. Eine erfolgreiche Nachhaltigkeitspolitik wird also nicht nur auf das »was«, sondern auch auf das »wie« der Durchführung erheblichen Wert legen müssen.

Tabelle 1:
Objektive Leitindikatoren sozialer Nachhaltigkeit
(nach Empacher/Wehling 1999, Kopfmüller et al. 2000)

Kriterium	Indikator	Ziel	Trend im Integrations-Szenario
Grundbedürfnisse	HPI 2: UNDP Human Poverty Index for Industrialised Countries	gering	
	- % der Bevölkerung, deren Lebenserwartung nicht über 60 Jahre liegt		kA
	- % unzureichende Lese- und Schreibfähigkeit (funktionale Analphabeten)		sinkend
	- % Armut, d. h. Einkommen unter 50% des Durchschnitts		keine
	- % Langzeitarbeitslose		minimal
Sozialressourcen	Durchschnittliche Zeitaufwendungen für soziale, politische, ehrenamtliche Tätigkeiten	hoch	steigend
Chancengleichheit	Gini-Koeffizient der Einkommensverteilung	niedrig gegen 1	sinkend
	GEM UNDP Gender empowerment measure:		
	- % Frauen im Parlament, in Verwaltungs- und Management-funktionen, in technischen Berufen, - Anteil der Frauen am Erwerbseinkommen		steigend steigend
Partizipation	gewichteter Anteil derer, die sich an Wahlen und nicht-institutionalisierten Partizipationsformen beteiligen	hoch	steigend
Existenzsicherung	Langzeitarbeitslose, erweiterte Arbeitslosenquote	sinkend	sinkend
Kulturelle Vielfalt	Kulturpolitische, Bildungs- und Forschungsmaßnahmen zur Entwicklung, Erhaltung und Dokumentation eines für alle zugänglichen und verständlichen kulturellen Lebens in pluralistischer Vielfalt	hoch	kA

Tabelle 2:

Subjektive Leitindikatoren sozialer Nachhaltigkeit

(nach Empacher/Wehling 1999, Kopfmüller 2000)

Kriterium	Indikator	Ziel	Trend im Integrations-Szenario
Grundbedürfnisse	allgemeine Lebenszufriedenheit	hoch	kA
Sozialressourcen	Anteil der Bevölkerung, die - öfter Einsamkeitsgefühle hat, - der Meinung ist, die Verhältnisse sind zu kompliziert geworden	gering	kA kA
Chancengleichheit	Zufriedenheit mit Partizipation	hoch	(Zufriedenheit ?)
Partizipation	Zufriedenheit mit politischer Partizipation	hoch	(Zufriedenheit ?)
Existenzsicherung	(kein Leitindikator)	keine	Grundsicherung
Kulturelle Vielfalt	Kulturpolitische, Bildungs- und Forschungsmaßnahmen zur Entwicklung, Erhaltung und Dokumentation eines für alle zugänglichen und verständlichen kulturellen Lebens in pluralistischer Vielfalt	hoch	(Mittel für Forschung und Bildung verdoppelt)

Die zentralen Handlungsfelder sind:

- die ökologische Gestaltung des Strukturwandels durch fiskalische Instrumente (Ökosteuern, Mehrwertsteuer, Subventionsabbau) und Information (Kennzeichnungen, Haftungsrecht) (Omann, Schwed 2003);
- die soziale Gestaltung des Strukturwandels durch Stärkung der sozialen Sicherheit (soziale Grundsicherung) (Ziegler 2002), Abbau von Geschlechterdiskriminierungen, Qualifikationsmaßnahmen und eine Aufwertung der Nichterwerbsarbeit (finanziell, soziale Absicherung, Anerkennung von Qualifikationen etc.);
- Innovationsförderung durch Bildung, Forschung und Entwicklung, inner- und außerbetriebliche Partizipation, lernende Organisationen;
- Verkürzte Arbeitszeiten, die nicht nur Teilzeitstellen (auch für Männer) bieten, sondern auch eine Verkürzung der Regelarbeitszeit in Verbindung mit besseren Wahlmöglichkeiten und bes-

Politikrelevanz und Handlungsfelder

Die Forschungsarbeiten im Projekt »Arbeit und Ökologie« haben deutlich gezeigt, daß eine nachhaltige oder zukunftsfähige Entwicklung für Deutschland machbar ist. Sie führt nicht, wie von manchen behauptet oder wirklich befürchtet, zu ökologischen Entlastungen auf Kosten von Arbeitsplätzen, sozialer Sicherheit und wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit, sondern verbindet positive Entwicklungen in allen diesen Dimensionen. In jeder Hinsicht ist sie einer einfachen Kosteneinsparungsstrategie überlegen. Dazu reicht es jedoch nicht, sich auf ein Politikfeld wie Umwelt-, Sozial- oder Arbeitsmarktpolitik oder auf einen eingeschränkten Instrumentensatz (z. B. Ökosteuern oder Senkung der Lohnnebenkosten) zu verlassen. Statt dessen ist ein umfassender Reformprozeß notwendig, aber auch möglich und lohnend.

Im Rahmen des Projektes konnten fünf strategische Handlungsfelder und zugehörige Schlüsselstrategien identifiziert werden, die für eine umfassende sozial-ökologische Reform unverzichtbar sind, bei denen jedoch erhebliche Freiheitsgrade in der konkreten politischen Ausgestaltung bestehen. Insofern ersetzen die Forschungsergebnisse politische Entscheidungen nicht, geben ihnen aber eine solidere Informationsbasis.

Eine derartige Strategie ist bei hinreichendem politischen Willen machbar. Noch sehen die Perspektiven für ein zukunftsfähiges Deutschland aber nicht gut aus, aber das Argument der Bundesregierung (ganz zu schweigen von der Opposition), es gäbe keine Alternative zu ihrer neo-liberalen Politik der Unterordnung unter Wirtschaftsinteressen und vorgebliche Weltmarktwänge, ist durch das Projekt erneut wiederlegt worden.

Eine Politik der sozialen wie ökologischen Nachhaltigkeit ist nicht illusorisch, sondern eine reale politische Handlungsoption. Illusorisch dagegen ist die Hoffnung, auf Basis der seit 30 Jahren nicht funktionierenden neo-liberalen Konzepte Arbeit, Umwelt und Gerechtigkeit in Deutschland schaffen zu können.

Literatur

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2003): Memorandum 2003, Köln.
- Arbeitsministerium WbBw-u (2003): Stellungnahme zur Arbeitsmarktpolitik, Wissenschaftlicher Beirat beim Wirtschafts- und Arbeitsministerium, Berlin.
- Barloschky, K., Spitzley, H. (1998): Arbeit für alle – zu neuen Bedingungen. Bausteine einer Arbeitspolitik für das 21. Jahrhundert – Wege zu einem neuen Gesellschaftsvertrag. DGB Bildungswerk, Wuppertal.
- Bleses, P., Rose, E. (1998): Deutungswandel der Sozialpolitik. Die Arbeitsmarkt- und Familienpolitik im parlamentarischen Diskurs. Schriften des Zentrums für Sozialpolitik, Frankfurt a. M. 8.
- Bleses, P., Vobruba, G. (2000): Entwicklungslinien und Zukunftsperspektiven der Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. WZB Discussion Papers, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Brandl, S., Hildebrandt, E. (2002): Zukunft der Arbeit und soziale Nachhaltigkeit, Opladen.
- Brandt, T., Spitzner, M., Spangenberg, JH. (2003): Zur Kategorisierung von Nicht-Erwerbsarbeit, in Vision 2020. Arbeit, Umwelt, Gerechtigkeit: Strategien und Konzepte für ein zukunfts-fähiges Deutschland, Spangenberg, JH (Hg). München, pp. 165-186.
- Bundeskanzleramt (2002): Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung, Bundesregierung, Berlin.
- Collados, C., Duane, TP (1999): Natural capital and quality of life. *Ecological Economics* 30, 3, pp. 433-440.
- Daly, HE. (1996): *Beyond Growth. The Economics of Sustainable Development*, Boston.
- Deutscher Bundestag (1997): Konzept Nachhaltigkeit. Fundamente für die Gesellschaft von morgen, Zwischenbericht der Enquete-Kommission Schutz des Menschen und der Umwelt des 13. Deutschen Bundestages, Bonn 1/97.
- Empacher, C., Wehling, P. (1999): Indikatoren sozialer Nachhaltigkeit. ISOE Diskussionspapiere 13. Hans-Böckler-Stiftung (2000): Arbeit und Ökologie, Endbericht. Hans Böckler Stiftung, Düsseldorf.
- Hildebrandt, E. (2002): Nachhaltige Entwicklung und die Zukunft der Arbeit, in: Soziale Nachhaltigkeit: Von der Umweltpolitik zur Nachhaltigkeit?, Ritt, T. (Hg), Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte, Wien, pp. 126 ff.
- Hildebrandt E, Linne, G. (2000): Reflexive Lebensführung. Zu den sozial-ökologischen Folgen flexibler Arbeit. Berlin.
- Hinterberger, F, Omann, I. (2000): Möglichkeiten und Grenzen einer ökologisch-sozialen Entwicklung. *perspektiven ds 17*, 2, pp. 21-32.
- Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, 1997. Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland.
- Kopfmüller, J, Brandl, V, Jörissen, J, Paetau, M, Banse, G, Coenen, R, Grunwald, A. (2001): Nachhaltige Entwicklung integrativ betrachtet, Berlin.
- Kopfmüller, J., Brandl, V., Sardemann, G., Coenen, R., Jörissen, J. (2000). Vorläufige Liste der Indikatoren für das HGF-Verbundprojekt, HGF Arbeitspapiere Karlsruhe.
- Linne, G. (2001): Policy for Sustainability, in: Mitbestimmung 2001, July, pp. 64-65.
- Omann, I., Schwerdt, J. (2003): Materialinputsteuer als Instrument sozial-ökologischer Nachhaltigkeit, in: Vision 2020. Arbeit, Umwelt, Gerechtigkeit: Strategien und Konzepte für ein zukunfts-fähiges Deutschland, Spangenberg JH (eds), München.
- Pfeiffer, F, Rennings, K. (1998): Beschäftigungswirkungen integrierter Umweltpolitiken, Heidelberg.
- Sinn, H-W. (2003): Gutachten des ifo-Instituts zur negativen Einkommenssteuer und zur Notwendigkeit der Absenkung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, ifo-Institut München.
- Spangenberg, JH. (1995): Ein zukunfts-fähiges Europa – Towards Sustainable Europe. Zusammenfassung einer Studie aus dem Wuppertal Institut, in: Wuppertal Papers 42, pp. 1-66.
- Spangenberg, JH. (2002 a): Soziale Nachhaltigkeit. Eine Integrierte Perspektive für Deutschland, in: Politische Strategien für die soziale Nachhaltigkeit, Dally A., Heins, Bernd (Hg). Evangelische Akademie: Loccum; pp. 23-38.
- Spangenberg, JH. (2003 a): Vision 2020. Arbeit, Umwelt, Gerechtigkeit: Strategien und Konzepte für ein zukunfts-fähiges Deutschland, München, S. 265.
- Spangenberg, JH. (2003 b): Sustainability strategies – roots, state and challenges. ERP Environment, Nottingham, in: UK 432-441.
- Spangenberg, JH., Lorek, S. (2002b): Lebensstandardmessungen einschließlich nicht-marktlicher Dienstleistungen, in: Die Zukunft von Dienstleistungen. Ihre Auswirkung auf Arbeit, Umwelt und Lebensqualität, Bosch, G., Hennicke, P., Hilbert, J., Kristof, K., Scherhorn, G. (Hg), Frankfurt, New York; pp. 455-481.
- Spangenberg, JH., Lorek, S. (2003c): Lebensqualität, Konsum und Umwelt: intelligente Lösungen statt unnötiger Gegensätze, Bonn.
- Spitzley, H. (1998): Arbeitszeit und plurale Ökonomie – Handlungsoptionen in einer solidarischen Gesellschaft, in: Zukunft der Arbeit – welcher Arbeit?, Bierter, W., Winterfeld, U. (Hg). Birkhäuser.; Berlin, Boston, Basel; pp. 161-195.
- Torres, R. (2001): Towards a socially sustainable world economy. International Labour Office, Geneva.
- United Nations, 1992. Results of the World Conference on Environment and Development: Agenda 21. United Nations, Rio de Janeiro. UN Doc.A/CONF.151/4 .
- WCED World Commission on Environment and Development (1987): Our Common Future, Oxford University Press, Oxford.
- Ziegler, R. (2002): Die negative Einkommenssteuer nEST als Beispiel einer sozialen Grundsicherung, in: Vision 2020. Arbeit, Umwelt, Gerechtigkeit: Strategien und Konzepte für ein zukunfts-fähiges Deutschland, Spangenberg, JH. (Hg), München, pp. 187-202.
- Zier, M. (1998): Aufwertung sozialer Tätigkeiten, A&Ö-Arbeitspapier 5, Wuppertal.
- Zimmermann, W (2003): Stellungnahme zur Vision 2010 der Bundesregierung, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin.

sere Verbindbarkeit von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeiten (Brandl 2002); - Konsumwandel in Richtung eines sozial- und umweltgerechten Qualitätskonsums (Spangenberg, Lorek 2003c), der vor allem durch eine die ökologischen und sozialen Folgekosten mit ausdrückende Preisgestaltung, durch Information (Kennzeichnung) und Angebot von Alternativen zustande kommt.